

Fachbeitrag zum Artenschutz

0	Ausgangsverfahren: Antragsfassung	30.07.2025
Index	Änderungen bzw. Ergänzungen	Planungsstand
<p>Vorhabenträgerin:</p> <p>DB InfraGO AG  Region Nord Projekte STE Bremen/ Osnabrück I.II-N-B-S Lindemannallee 3 30173 Hannover</p> <p>30.07.2025 Thomas Taubert</p> <p>Datum Unterschrift</p>		
		<p>Verfasser:</p> <p>ppr Freiraum+Umwelt  Warmbüchenstraße 18 30159 Hannover</p> <p>30.06.2025  Datum Unterschrift</p>
<p>Genehmigungsvermerk Eisenbahn-Bundesamt</p>		

Aufhebung BÜ Bahn-km 69,770

„Im Lienesch“

Strecke 1502 Oldenburg - Osnabrück

Fachbeitrag zum Artenschutz

Stand: Mai 2025
Bearbeitung: M.Sc. Elena Tiemeyer
M.Sc. Nathalie Mußmann

Auftraggeber:



DB InfraGO AG
Region Nord
Projekte STE Bremen/ Osnabrück
I.II-N-B-S
Lindemannallee 3
30173 Hannover

Auftragnehmer:



ppr Freiraum + Umwelt
Warmbüchenstraße 18
30159 Hannover

Inhaltsverzeichnis

1. Anlass und Aufgabenstellung	2
1.1 Kurzdarstellung des Vorhabens	2
1.2 Gutachterliche Aufgabenstellung	2
1.3 Rechtliche Grundlagen.....	2
1.4 Darstellung der relevanten Wirkfaktoren des Vorhabens.....	4
2. Methodisches Vorgehen.....	4
2.1 Untersuchungsraum.....	4
2.2 Datengrundlagen und Methoden.....	4
3. Bestand und Betroffenheiten von gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten	5
3.1 Beschreibung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten	5
3.2 Darstellung des prüfgegenständlichen Artenspektrums.....	6
3.3 Bestand und Betroffenheit von Arten.....	7
3.3.1 Säugetiere.....	7
3.3.2 Avifauna	7
3.3.3 Amphibien	8
4. Darlegung der Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotsverletzungen und zur Sicherung des Erhaltungszustands.....	8
4.1 Vermeidungsmaßnahmen für Baum- und Gebüschbrütende Vogelarten	8
4.1.1 Herleitung der Vermeidungsmaßnahme	8
4.1.2 Auswirkungen der Maßnahme auf die Beurteilung der Verbotstatbestände	9
5. Fazit	9
6. Literatur und Quellen	10

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie in den betrachteten UTM-Rasterfeldern	6
---	---

1. Anlass und Aufgabenstellung

1.1 Kurzdarstellung des Vorhabens

Die DB InfraGO AG plant die Aufhebung des technisch gesicherten Bahnübergangs (BÜ) „Im Lienesch“ bei Bahn-km 69,770 an der Strecke 1502 (Oldenburg – Osnabrück) in Badbergen, in der Samtgemeinde Bersenbrück im niedersächsischen Landkreis Osnabrück. Die vorhandene Sicherung des BÜ ist veraltet und störungsanfällig. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wäre eine technische Ertüchtigung des BÜ mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Es befindet sich bei km 70,2 ein benachbarter BÜ, der mithilfe eines 450 m langen Ersatzweges (tangierende Planung) erschlossen werden soll.

1.2 Gutachterliche Aufgabenstellung

Da artenschutzrechtliche Regelungen der §§ 44ff des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) zusätzlich zur Eingriffsregelung zu beachten sind, wird im Zuge der Planung ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag vorgelegt. Dieser hat die Aufgabe, die Möglichkeit des Eintretens der Verbotsstatbestände aus § 44 Abs. 1 BNatSchG zu ermitteln und die sich hieraus ergebenden Anforderungen abzuarbeiten, damit eine rechtskonforme Umsetzung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen gewährleistet ist.

1.3 Rechtliche Grundlagen

Das BNatSchG unterscheidet im § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 zwischen so genannten „besonders“ und „streng“ geschützten Arten, wobei die streng geschützten Arten als Teilmenge der besonders geschützten Arten aufzufassen sind. Als streng geschützte Arten werden die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) sowie die Arten des Anhangs A der EU-Artenschutzverordnung (Verordnung (EG) Nr. 338/97) bezeichnet. Die Liste der Arten wurde durch die Verordnung (EU) 2023/966 vom 15.05.2023 aktualisiert.

Der besondere Artenschutz ist im § 44 BNatSchG geregelt. Hier ist insbesondere der Absatz 1 (Zugriffsverbote) relevant:

ZITAT aus dem BNatSchG

§ 44 Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten

(1) Es ist verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören

(Zugriffsverbote).

Diese Verbote werden um den für Eingriffsvorhaben relevanten Absatz 5 des § 44 ergänzt. Hier ist die Legalausnahme des Satzes 2 von besonderer Bedeutung:

Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,

2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,

3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

Entsprechend obigem Absatz 5 gelten die artenschutzrechtlichen Verbote für unvermeidbare Beeinträchtigungen bei nach § 17 BNatSchG zugelassenen Eingriffen in Natur und Landschaft sowie Vorhaben i. S. der §§ 30 und 33 Baugesetzbuch (BauGB) nur für die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, die alle als streng geschützt gelten, sowie für alle europäischen Vogelarten. Dies ist hier der Fall, sodass die Prüfung auf Vogelarten und Anhang-IV-Arten beschränkt bleiben kann.

Werden Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten erfüllt, müssen zur Genehmigung des Eingriffs die Ausnahmenvoraussetzungen des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfüllt sein. Es kann bei Eingriffsvorhaben eine Ausnahme zugelassen werden, wenn z. B.

- zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, vorliegen (§ 45 Abs. 7 Pkt. 5 BNatSchG).

Die Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn

- zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und
- sich der Erhaltungszustand der Populationen der betroffenen Arten nicht verschlechtert und insbesondere bezüglich der Arten des Anhangs IV FFH-Richtlinie der günstige Erhaltungszustand der Populationen der Art gewahrt bleibt.

1.4 Darstellung der relevanten Wirkfaktoren des Vorhabens

Grundsätzlich lassen sich Wirkungen als bau-, anlage- und betriebsbedingt kategorisieren. Artenschutzrechtlich sind im hier betrachteten Fall des Vorhabens am BÜ „Im Lienesch“ die bau- und anlagebedingten Wirkungen von Bedeutung. Betriebsbedingte Wirkungen sind nicht zu erwarten.

Es kann durch das Vorhaben zu folgenden potentiellen Wirkungen auf Natur und Landschaft kommen:

Baubedingte Wirkungen:

- bauzeitliche Flächeninanspruchnahme,
- Schallimmissionen und Erschütterungen,
- Staub- und Schadstoffimmissionen,
- visuelle Effekte / Störreize durch den Baubetrieb.

Anlagebedingte Wirkungen:

- Dauerhafte Flächeninanspruchnahme (Versiegelung, Vegetationsverluste),
- visuelle Reize.

Betriebsbedingte Wirkungen:

Betriebsbedingte Wirkungen sind durch das Vorhaben nicht zu erwarten.

Die Aufhebung des BÜ ist für das dritte oder vierte Quartal 2026 geplant. Die Baumaßnahme dauert ca. eine Woche.

2. Methodisches Vorgehen

2.1 Untersuchungsraum

Der Untersuchungsraum umfasst das direkte Umfeld des BÜ. Dieser befindet sich in der freien Landschaft im Landkreis Osnabrück umgeben von Landwirtschaftsflächen, Gehölzbeständen und vereinzelter Siedlungsbebauung. An dem aufzuhebendem BÜ befinden sich asphaltierte und unbefestigte Wirtschaftswege, die parallel zur Bahn und in westliche Richtung verlaufen. Östlich des BÜ befindet sich ein Hof. Westlich der Bahn verläuft die Straße „Im Roggesch“. Die Saumbereiche der Bahn und Straßen/Wege bestehen überwiegend aus grasiger und krautiger Vegetation. In weiten Teilen dominieren artenarme Brennesselbestände. Vereinzelt stehen an der Bahnstrecke und den Straßen Bäume, wobei es sich im Bereich der Gehölze teilweise um ältere Gehölze handelt.

2.2 Datengrundlagen und Methoden

Der jüngste vom Bundesamt für Naturschutz veröffentlichte FFH-Bericht (BFN 2019) stellt die Verbreitung auf der Ebene von UTM-Rasterfeldern (10 km x 10 km) dar und wurde als primäre Grundlage verwendet. Die Ermittlung der zu prüfenden Arten geschieht über ein Ausschlussverfahren, das zum einen die Verbreitung aber auch die Lebensraumansprüche der Arten berücksichtigt. Die durchgeführte Biotoptypkartierung gibt Aufschluss über die Habitatbedingungen vor Ort, wodurch ebenfalls Rückschlüsse auf potentiell vorkommende Tiere möglich sind. Bei vielen Arten ist die 100 km² große Fläche eines UTM-Rasterfeldes eine hinreichende räumliche

Annäherung, um ein mögliches Vorkommen einschätzen zu können. Bei sehr mobilen Arten, wie beispielsweise dem Wolf, muss der Betrachtungsraum weit darüber hinaus erweitert werden, doch wird die abgeleitete Prognose damit naturgemäß deutlich unsicherer.

Das Vorhaben befindet sich im Rasterfeld E418-N328 am Rande zum Rasterfeld E418-N327, daher werden diese als Grundlage verwendet (BFN 2019). Nachweise der Arten sind mit X vermerkt, die Zugehörigkeit des Rasterfeldes zum generalisierten Verbreitungsgebiet mit einem V. Das Ergebnis dieser Relevanzprüfung liefert eine vorläufige Liste der konkret zu prüfenden Arten. Diese lässt sich weiter verkürzen, indem die Arten, denen im Eingriffsbereich kein geeigneter Lebensraum zur Verfügung steht, ausgeschlossen werden. Vögel werden wegen ihrer hohen Mobilität und großen Artenzahl nicht in gleicher Weise betrachtet, weil generelle Vermeidungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, die unabhängig von der Artzugehörigkeit wirksam sind, und es letzten Endes keine Flächen gibt, auf denen das gänzliche Fehlen von Vögeln zu erwarten wäre.

3. Bestand und Betroffenheiten von gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten

3.1 Beschreibung der Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Der Begriff Fortpflanzungs- und Ruhestätte kann sehr kleinräumig auf eine bestimmte Struktur, wie ein Vogelnest oder eine Baumhöhle, angewendet werden oder bei großräumigerer Betrachtung auch den umgebenden Lebensraum einbeziehen. Ohne den Bezug auf einen bestimmten Organismus hat er jedoch keinerlei Aussagekraft.

Das Nest des Basstölpels kann nicht unabhängig von Steilküsten angelegt werden. Hier ist der Begriff der Fortpflanzungsstätte recht eindeutig. Bei einer Blaumeise ist es dagegen schon erheblich, ob nur das Nest oder auch der umgebende Lebensraum gemeint ist, weil das Nest in sehr unterschiedlicher Umgebung angelegt wird. Als Höhlenbrüter nutzt die Art Hohlräume verschiedenster Art zum Bau ihres Nestes. Dies können Baumhöhlen, Nistkästen, aber auch Briefkästen oder das Innere von Zaunpfählen, Ampelmasten oder auch Straßenlaternen sein. Die Fortpflanzungsstätte im weiteren Sinn ist dann ein Wald, der Siedlungsraum oder auch ein Garten in der Feldflur. Erst durch die Verknüpfung mit einer bestimmten Art kann der Begriff Fortpflanzungs- und Ruhestätte überhaupt eine konkretere Vorstellung liefern, was damit gemeint ist bzw. gemeint sein könnte.

Der Leitfaden des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA 2023a) verwendet den Begriff offensichtlich synonym zu „Biotop“, weswegen nachfolgend die im Untersuchungsraum vorgefundenen Biotope unter dem zugehörigen Punkt der Mustergliederung (EBA 2023b) genannt werden. Dabei richten sich die Bezeichnungen nach der Bundeskompensationsverordnung.

Vielfach sind die Biotoptypenbezeichnungen selbsterklärend und bedürfen keiner weiteren Erläuterung. Dass Sportrasenplätze und jede Art von Verkehrswegen keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten im eigentlichen Sinn für die meisten Organismen bieten, ist offensichtlich. Dennoch ist auch diese Aussage ohne Bezug auf bestimmte Tiere wenig aussagekräftig. Sie gilt z. B. für Vögel mehr oder weniger uneingeschränkt, doch sind mit Rasengittersteinen versehene Wege für verschiedene Insekten durchaus von Bedeutung, wenn auch diese Arten nicht dem besonderen Artenschutz unterliegen.

Folgende Biotoptypen liegen im Untersuchungsraum:

- Acker mit stark verarmter oder fehlender Segetalvegetation (Sandboden)
- Intensiv genutztes, frisches Dauergrünland
- Frische bis nasse Ruderalstandorte
- Sonstige Hecken (insbesondere auf ebenerdigen Rainen oder Böschungen) – mit Überhältern mittlerer Ausprägung/ Graben mit periodischer oder dauerhafter Wasserführung – naturferne Ausbildung/ intensive Unterhaltung
- Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen aus überwiegend autochthonen Arten – Mittlere Ausprägung
- Versiegelter oder sonstiger gepflasterter Verkehrs- und Betriebsweg
- Unbefestigter Weg
- Gleiskörper
- Sonstige Verkehrsanlagen

Bauzeitlich und anlagebedingt werden vor allem bereits versiegelte Flächen sowie Ruderalstandorte beansprucht.

3.2 Darstellung des prüfgegenständlichen Artenspektrums

Im Rahmen des Vorhabens am BÜ „Im Lienesch“ kommt es zu unvermeidbaren Beeinträchtigungen im Sinne von § 15 Abs. 1 BNatSchG. Damit sind die Voraussetzungen erfüllt, um die Betrachtung auf die Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie und europäische Vogelarten zu beschränken.

Von den in Niedersachsen vorkommenden Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sind die in Tabelle 1 aufgeführten Arten in den relevanten Rasterfeldern nachgewiesen (X) oder potentiell verbreitet (V).

Tabelle 1: Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie in den betrachteten UTM-Rasterfeldern

Taxon	wissenschaftlicher Name	deutscher Name	Status E418/N327	Status E418/N328
Säugetiere ohne Fledermäuse	<i>Castor fiber</i>	Biber	V	V
Fledermäuse	<i>Eptesicus serotinus</i>	Breitflügelfledermaus	V	V
	<i>Myotis daubentoni</i>	Wasserfledermaus	V	V
	<i>Myotis nattereri</i>	Fransenfledermaus	V	V
	<i>Pipistrellus nathusii</i>	Rauhautfledermaus	V	V
	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>	Zwergfledermaus	X	V
	<i>Plecotus auritus</i>	Braunes Langohr	V	V
Amphibien	<i>Hyla arborea</i>	Laubfrosch	V	V
	<i>Rana arvalis</i>	Moorfrosch	X	V
	<i>Triturus cristatus</i>	Kammolch	V	V

Nach diesem ersten Abschichtungsschritt verbleiben sämtliche Arten mit einem zumindest regionalen Bezug zum Eingriffsbereich. Unter Berücksichtigung der Lebensraumansprüche können im

nächsten Schritt weitere Arten von einer möglichen Betroffenheit ausgeschlossen werden. Diese Prüfung erfolgt in Anlehnung an taxonomische Gruppen im nächsten Kapitel.

3.3 Bestand und Betroffenheit von Arten

Angesichts ähnlicher Lebensweisen lassen sich Arten gleicher taxonomischer Einheiten oft gemeinsam abhandeln. Die Mustergliederung gibt solche Gruppen vor, die nachfolgend betrachtet werden.

3.3.1 Säugetiere

Für den **Biber** verzeichnen die UTM-Rasterfelder ein potentiell Verbreitungsgebiet. Die Lebensraumsansprüche des Bibers lassen die Prognose zu, dass sie von Wirkungen des Bauvorhabens nicht betroffen sein werden, weil sie sich bevorzugt in Gewässersystemen bewegen, die in keiner Verbindung zu den Eingriffsflächen stehen.

Die **Fledermäuse** können in ihrer Gesamtheit betrachtet werden, wobei aufgrund der Quartiersansprüche eine Unterscheidung in die Großgruppen „Siedlungs-“ und „Waldfledermäuse“ zweckmäßig ist. Diese Einteilung bezieht sich auf die Wahl der besiedelten Quartiere, die im ersten Fall in Gebäuden, unterirdischen Stollen oder Felshöhlen oder im zweiten Fall in Baumhöhlen und -spalten oder ähnlichen Strukturen (beispielsweise Brennholzstapel) bezogen werden. Die Aufzählung lässt einen gewissen Überschneidungsbereich erwarten. In den betrachteten Rasterfeldern sind wenige Fledermausarten verbreitet und lediglich die Zwergfledermaus im Rasterfeld E418/N327 nachgewiesen. Da derzeit weder Gehölze noch geeignete Gebäude von dem Vorhaben betroffen sind, kann eine Betroffenheit potentieller Fledermausquartiere ausgeschlossen werden. Sollten wider Erwarten Rückschnitte an den Gehölzen vorgenommen werden müssen, so sind diese in der dafür gesetzlich zulässigen Frist zwischen Anfang Oktober und Ende Februar durchzuführen (§ 39 Abs. 1 Nr. 5 BNatSchG). Winterquartiere sollten durch die ggf. notwendigen Rückschnitte nicht betroffen sein. Auch mögliche Jagd- und Fluggebiete im Umfeld des Vorhabens werden von dem Vorhaben nicht eingeschränkt.

3.3.2 Avifauna

Bei den Vögeln entfällt im Artenschutzrecht praktisch die Unterscheidung in streng geschützte und besonders geschützte Arten, da der § 44 Abs. 1 BNatSchG lediglich von allen „europäischen Vogelarten“ spricht. In der Praxis bedeutet dies, dass bei der Allgegenwart von Vögeln und ihrer hohen Mobilität letztlich kaum ein Eingriff denkbar ist, von dem nicht eine europäische Vogelart betroffen ist.

Es ist im Umfeld des BÜ in der Regel mit typischen Arten der Siedlungen und Agrarlandschaft zu rechnen. Dabei können die Brutvögel in unterschiedliche brutbiologische Gilden, die in vergleichsweise einheitlicher Weise von den Wirkungen des Vorhabens betroffen sind, unterteilt werden. So können im Untersuchungsraum Gebäudebrüter, Baum- und Gebüschbrüter, Baumhöhlenbrüter und Bodenbrüter potentiell vorkommen. Das Vorhaben im Bereich des BÜ lässt derzeit keine Gefährdung von Fortpflanzungsstätten erwarten, da keine Gehölze oder geeignete Gebäude betroffen sind. Sollten wider Erwarten Rückschnitte an den Gehölzen notwendig sein, so sind diese in der dafür gesetzlich zulässigen Frist zwischen Anfang Oktober und Ende Februar

durchzuführen (§ 39 Abs. 1 Nr. 5 BNatSchG). Bodenbrüter im unmittelbaren Gleisumfeld oder im schmalen Randbereich der vorhandenen Wege (Vorhabenbereich) sowie im Nahbereich von Gehölzen und Gebäuden sind nicht zu erwarten.

Das Brutgeschäft stellt die empfindlichste Phase im Jahresverlauf dar, weil die Vögel in dieser Zeit an eine bestimmte Örtlichkeit, den Neststandort, gebunden sind. Nur hier können sie sich den Wirkungen des Bauvorhabens nicht einfach durch einen Ortswechsel entziehen. Für Eier und Nestlinge besteht zudem die Gefahr, dass sie im ungünstigsten Fall von den Altvögeln verlassen werden, sodass aus einer Störung der Altvögel (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) eine Tötung der Entwicklungsstadien resultiert (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG).

Aus den Störreizen der Bauaktivitäten (Lärm, Erschütterung) resultiert keine erhebliche Störung, weil sich dazu per gesetzlicher Definition der Erhaltungszustand der lokalen Populationen der jeweiligen Arten verschlechtern müsste. Dies ist aufgrund der kurzen Bauzeit sowie der bestehenden Vorbelastung am Rand einer Bahnstrecke im Nahbereich von Wohnbebauung unwahrscheinlich. Insofern ergibt sich, dass die Aufhebung des BÜ keine artenschutzrechtlichen Konflikte auslöst.

3.3.3 Amphibien

Aus der Gruppe der Amphibien sind der Laubfrosch, der Moorfrosch und der Kammmolch in den relevanten UTM-Rasterfelder verbreitet bzw. der Moorfrosch im Rasterfeld E418/N327 nachgewiesen. Aufgrund fehlender geeigneter Gewässer sind keine dieser Arten im Umfeld der Bahnstrecke zu erwarten.

4. Darlegung der Maßnahmen zur Vermeidung von Verbotsverletzungen und zur Sicherung des Erhaltungszustands

4.1 Vermeidungsmaßnahmen für Baum- und Gebüschbrütende Vogelarten

Als nutzbare Strukturen zur Anlage von Nestern sind die Bäume und Gebüsche im Umfeld des BÜ zu nennen. Eine differenzierte Betrachtung nach unterschiedlichen Arten ist nicht erforderlich, weil die Unterschiede in der Brutzeit, der Anzahl der Jahresbruten, der Bebrütungs- und der Nestlingsdauer keinen Einfluss auf die adäquate Vermeidungsmaßnahme haben. Diese besteht in der Einhaltung der gesetzlich zulässigen Rodungs- und Rückschnittzeit für Gehölze, die von Anfang Oktober bis Ende Februar reicht (§ 39 Abs. 1 Nr. 5 BNatSchG). In den hier möglicherweise betroffenen Lebensräumen kann dadurch zuverlässig verhindert werden, dass es zur unbeabsichtigten Tötung noch nicht flügger Nestlinge kommt.

4.1.1 Herleitung der Vermeidungsmaßnahme

Die an das Nest gebundenen, nicht flüggen Jungvögel sind das empfindlichste Stadium, an dem die Vermeidungsmaßnahme ansetzt. Altvögel können sich dagegen den Wirkungen des Vorhabens aktiv entziehen. Die Einhaltung der Rodungs- und Rückschnittzeit garantiert, dass Jungvögel im Nest nicht betroffen sind. Es handelt sich dabei um nicht so sehr um eine spezifische

Vermeidungsmaßnahme, sondern schlicht um die Beachtung gesetzlicher Regelungen (§ 39 Abs. 1 Nr. 5 BNatSchG).

4.1.2 Auswirkungen der Maßnahme auf die Beurteilung der Verbotstatbestände

Primäres Ziel der beschränkten Rodungs- und Rückschnittzeit ist die Vermeidung unbeabsichtigter Tötungen von jungen Nestlingen. Da ein ggf. notwendiger Rückschnitt der Gehölze nur Teile der Fortpflanzungsstätte im Sinne des Lebensraums beanspruchen und vor der Brutzeit stattfinden würde, könnten die Vögel in die Nachbarschaft ausweichen, so dass es nicht zu Brutaussfällen kommen würde und insgesamt keine Wirkungen auf den Erhaltungszustand zu erwarten wären.

5. Fazit

Das Vorkommen der meisten streng geschützten Tier- und Pflanzenarten im Umfeld des BÜ „Im Lienesch“ kann aufgrund ihrer Verbreitung im Allgemeinen und ihrer Lebensraumansprüche im Besonderen ausgeschlossen werden.

Sollten Gehölzrückschnitte erforderlich sein, so sind diese in der gesetzlich zulässigen Frist zwischen Anfang Oktober und Ende Februar durchzuführen. Ein Tötungsrisiko für Vögel kann auf diese Weise vermieden werden.

Die Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG bleiben unberührt. Eine Ausnahmeprüfung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG ist beim derzeitigen Kenntnisstand nicht erforderlich.

6. Literatur und Quellen

BFN - BUNDESAMT FÜR NATURSCHUTZ (2019): Nationaler Bericht 2019 gemäß FFH-Richtlinie. Abrufbar unter: <https://www.bfn.de/ffh-bericht-2019>.

BNATSCHG - Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist.

EBA - EISENBAHN-BUNDESAMT (2023a): Umwelt-Leitfaden für die eisenbahnrechtliche Planfeststellung und Plangenehmigung. Teil V: Behandlung besonders und streng geschützter Arten.

EBA - EISENBAHN-BUNDESAMT (2023b): Mustergliederung artenschutzrechtlicher Fachbeitrag.

INGENIEURBÜRO CLAUS GMBH & CO. KG (2025a): Aufhebung BÜ Bahn-km 69,770 „Im Lienesch“, Strecke 1502 Oldenburg – Osnabrück. Erläuterungsbericht.

INGENIEURBÜRO CLAUS GMBH & CO. KG (2025b): Aufhebung BÜ Bahn-km 69,770 „Im Lienesch“, Strecke 1502 Oldenburg – Osnabrück. Kreuzungsplan.

1. Betroffene Art/Gilde			
Baum- und Gebüschbrüter (deutsche Bezeichnung) (wissenschaftliche Bezeichnung)			V

2. Schutz- und Gefährdungsstatus			
<u>Rote Liste Status</u> Bundesland: Deutschland: Europäische Union:	<u>Biogeographische Region</u> (in der sich das Vorhaben auswirkt) <input checked="" type="checkbox"/> Atlantische Region <input type="checkbox"/> Kontinentale Region <input type="checkbox"/> Alpine Region		
<u>Erhaltungszustand</u>	Deutschland	Bundesland	Lokale Population
günstig (grün)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungünstig/unzureichend (gelb)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ungünstig/schlecht (rot)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Vorkommen im Untersuchungsgebiet und Erhaltungszustand der lokalen Population			
<input type="checkbox"/> Art im Untersuchungsgebiet nachgewiesen <input checked="" type="checkbox"/> Art im Untersuchungsgebiet unterstellt			
Beschreibung des Vorkommens im Untersuchungsgebiet und des Erhaltungszustandes der lokalen Population → siehe Nr. 8			
4. Verbotsverletzungen ohne Berücksichtigung von Schutz-, Vermeidungs- oder CEF-Maßnahmen			
Verbot § 44 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG verletzt:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Verbot § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG verletzt:		<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Verbot § 44 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG verletzt:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
5. Erforderlichen Maßnahmen, ggf. des Risikomanagements			
Benennung und Beschreibung der erforderlichen Maßnahmen → siehe Nr. 9			
6. Nach Durchführung der genannten Maßnahmen verbleibende Verbotsverletzungen			
Verbot § 44 Abs. 1 Nr. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG verletzt:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Verbot § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG verletzt:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
Verbot § 44 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG verletzt:		<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein
7. Auswirkungen auf den Erhaltungszustand			
Benennung und Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens → siehe Nr. 10			
<u>Die Zulassung des Vorhabens führt unter Berücksichtigung der unter Nr. 9 aufgeführten Maßnahmen zu folgenden Auswirkungen auf den Erhaltungszustand:</u>			
<input type="checkbox"/> Der Erhaltungszustand der Populationen der Art ist günstig. Die Erteilung einer Ausnahme führt zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes.			
<input type="checkbox"/> Der Erhaltungszustand der Populationen der Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ist ungünstig. Die Erteilung einer Ausnahme führt jedoch zu keiner weiteren Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Populationen der Art <u>und</u> keiner Behinderung der Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes.			
<input type="checkbox"/> Die Erteilung einer Ausnahme führt zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Populationen der Art.			

8. Beschreibung des Vorkommens im Untersuchungsgebiet und des Erhaltungszustandes der lokalen Population
Es sind allgemein häufige Arten in den Gehölzen im Umfeld des BÜs zu erwarten.
9. Benennung und Beschreibung der erforderlichen Maßnahmen
<u>Erforderliche artenschutzspezifische Vermeidungsmaßnahmen:</u> Maßnahmen- Nr. im LBP: Keine spezifische Vermeidungsmaßnahme Beschreibung: Die Einhaltung der gesetzlichen Rodungs- und Rückschnittzeit (zwischen Anfang Oktober und Ende Februar) vermeidet unbeabsichtigte Tötungen noch nicht flügger Nestlinge.
<u>Erforderliche CEF-Maßnahmen:</u> Maßnahmen- Nr. im LBP: Beschreibung:
<u>Sonstige erforderliche Vorgaben zum Risikomanagement:</u> Maßnahmen- Nr. im LBP: Beschreibung:
10. Benennung und Beschreibung der Auswirkungen des Vorhabens
Beschreibung der Auswirkung auf den Erhaltungszustand: keine <u>Erforderliche Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes:</u> Maßnahmen- Nr. im LBP: Beschreibung: